

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 7-8

Rubrik: Dossier : 20. Juli 1944

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ULRICH SCHLIE,
geboren 1965, war
1991–1993 persönlicher
Referent des Direktors
und wissenschaftlicher
Mitarbeiter der Stiftung
Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/Isar,
seit 1993 in Bonn;
Veröffentlichungen: *Kein
Friede mit Deutschland.*
*Die geheimen Gespräche
im Zweiten Weltkrieg
(1939–1941)*, Langen
Müller, München 1994;
zahlreiche Aufsätze und
Zeitungsaufsätze zur deut-
schen und europäischen
Geschichte seit dem
18. Jahrhundert.

20. JULI 1944

Das Erbe des 20. Juli

Als Fazit des verborgenen Kampfes gegen Hitlers «Drittes Reich» gehört das Attentat vom 20. Juli 1944 zur «moralischen Substanz» der deutschen Geschichte und bewahrt in Gegenwart und Zukunft seinen Stellenwert.

Falsch und zu spät nannte Otto John, einer der überlebenden Verschwörer, das Attentat des Obersten Graf Stauffenberg auf den «Führer und Reichskanzler» Adolf Hitler. Innerhalb von wenigen Stunden war der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 gescheitert. Dies lag an der Halbherzigkeit der Frondeure, an Pannen und Missverständnissen bei der Durchführung und inneren Widersprüchen. Im entscheidenden Moment fehlte den Attentätern auch Fortune. Der 20. Juli 1944 war nicht der erste Putschversuch, dem Hitler entging. Mindestens zweimal hatte Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg selbst versucht, den Diktator ums Leben zu bringen. Nur wenige Tage zuvor, am 16. Juli, hatten ihn seine Mitverschwörer schmählich im Stich gelassen. Die Attentatsversuche aus früheren Kriegsjahren (1943: Axel von dem Bussche, Rudolf-Christoph von Gersdorff, Fabian von Schlabrendorff, 1944: Ewald Heinrich von Kleist) waren nicht minder erfolglos. Jedes Mal durchkreuzte der Diktator in allerletzter Minute die Pläne. Und auch in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli konnte sich ein wenn auch von den Vorgängen nicht unberührt gebliebener, so doch nur leicht verletzter Hitler in einer Rundfunkansprache an seine deutschen Volksgenossen wenden: «Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen.»

Einer der Entschiedensten im Widerstand gegen Hitler, Henning von Tresckow, hatte kurz vor der Landung der Alliierten in der Normandie zu entschlossenem Handeln gedrängt: «Das Attentat muss erfolgen, coute que coute. Sollte es nicht gelingen, so muss der Staatsstreich versucht werden.» Politisch und militärisch war der Handlungsspielraum des Deutschen Reiches im Sommer 1944 mehr als eng. Die Niederlage war unvermeidlich, ein freies Optieren zwischen Ost und West nicht mehr möglich. Auch Stauffenberg wäre nach gelungenem Attentat keine andere Möglichkeit geblieben, als den Krieg durch rasche Kapitulation zu beenden. Die Aufteilung des Reiches in verschiedene Besatzungszonen war zum Zeitpunkt des Putsches bereits beschlossene Sache der Anti-Hitler-Koalition.

Symbolwirkung als «Aufstand des Gewissens»

Dennoch ist das Attentat, das vor einem halben Jahrhundert scheiterte, mittlerweile aus der Geschichte nicht mehr wegzudenken. Die Männer des 20. Juli bezahlten ihr Eintreten fürs wahre Vaterland und gegen das Unrechtsregime mit dem Leben. Sie wurden zum Symbol der guten Deutschen, weil sie in den dunklen Jahren der Tyrannie der totalitären Versuchung widerstanden hatten. Die Attentäter um Stauffenberg wollten immer beides: Handeln und Zeugnis ablegen. In ihrem

Handeln sind sie auf der ganzen Linie gescheitert. Das Zeugnis diente der Wiederherstellung der legitimen Macht. Durch ihr Zeugnis für ein anderes, anständiges Deutschland haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass die Bundesrepublik nach dem verlorenen Krieg relativ rasch in den Kreis der freien Demokratien der westlichen Welt zurückfinden konnte.

Deutschland, der Gegner von einst, wurde zum Partner des Westens, der in der europäischen Nachkriegsgeschichte eine wichtige Funktion zu erfüllen hatte. Dies allein mit der politischen Frontstellung des kalten Krieges erklären zu wollen, würde zu kurz greifen. Der 20. Juli steht für die moralische Legitimität der noch jungen Bundesrepublik. Als «Aufstand des Gewissens» ermöglichte er den Anschluss an ältere, positive Kontinuitätsstränge der deutschen Geschichte und widerlegte die *Vansittartsche These*, dass die Neigung zur Tyrannie, die nationalsozialistische Diktatur gewissermassen in der deutschen Volksseele angelegt sei und die deutsche Geschichte seit *Luther* über *Friedrich den Grossen*, *Bismarck* und *Bethmann-Hollweg* geradewegs auf Hitler zulaufe. Die skeptische Frage des angelsächsischen Auslandes in den ersten Nachkriegsjahren lautete denn auch: «Was there an *other Germany*?» Erst allmählich brach sich die Überzeugung Bahn, dass es in Deutschland auch Männer und Frauen gegeben hatte, die dem totalitären Regime widerstanden hatten.

Noch in den fünfziger Jahren war die Haltung der Deutschen zum Widerstand gegen Hitler und seine Berechtigung geteilt. Der heimkehrende Frontsoldat und die ums Überleben kämpfende Trümmerfrau hatten anderes im Sinn als die Pflege des Gedächtnisses der Hingerichteten vom 20. Juli. Die Sorge ums tägliche Brot überwog; der Blick war nach vorne gerichtet. Neun Millionen Parteigenossen mussten in die Gesellschaft der Bundesrepublik integriert werden. Der Gedanke an den Widerstand interessierte nach 1945 nur eine schmale Schicht, genauso wie er vor 1945 Angelegenheit einiger weniger gewesen war. Das hängt nicht zuletzt mit den besonderen Bedingungen zusammen, die den Kampf gegen Hitler und sein Regime so schwer machten. Erst 1941, als Hitler bereits mit dem Angriff auf die Sowjet-

**Die Attentäter
um Stauffenberg
wollten immer
beides: Handeln
und Zeugnis
ablegen.**

union dem Krieg die entscheidende Wendung gegeben hatte, sich aber immer noch im Glanz der militärischen Siege des Westfeldzugs sonnen konnte, nahmen die Gruppen der Opposition organisatorische Gestalt an.

Widerstand ohne Volk

Zum Zeitpunkt des Attentats war die Mehrheit der Deutschen zwar nicht mehr für Hitler, aber sie war auch noch nicht gegen Hitler. Und wer sich an den Eifer fanatischer «Goldfasane» und SS-Leute erinnert, die noch in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 Volksgenossen standrechtlich erschiessen liessen, weil jene Zweifel am unmittelbar bevorstehenden Endsieg geäussert hatten, und sich dafür aber mit Volkssturm und Werwolf auf eine Fortsetzung des Kampfes gegen die anglo-amerikanischen Truppen auch nach der Kapitulation der Wehrmacht vorbereiteten, dem wird jene These vom «Widerstand ohne Volk» einleuchten. Der Widerstand gegen Hitler war keine *Résistance*, und auch keine *Resistenza*, die sich gegen eine oppressive Feindmacht auflehnte. Deutscher Widerstand gegen Hitler war unter den besonderen Bedingungen des Zweiten Weltkriegs immer auch mit dem moralischen Dilemma verbunden, den Kampf zum Sturz des Regimes mit dem Preis der Niederlage des Vaterlands bezahlen zu müssen. Das Stigma des vermeintlichen Landesverräters begleitete die Widerständler auf Schritt und Tritt. Schon im Krieg hatten Briten und Amerikaner wenig Verständnis übrig für diese seltsame Frontstellung der Männer der deutschen Opposition: gegen Hitler und für die eigene Nation. Mit sarkastischen Bemerkungen verglichen sie die deutschen Frondeure mit den jakobitischen Oppositio-nellen gegen *Wilhelm von Oranien* unter *General Monk* (1688/89). Nationalsozialisten und deutsche Patrioten wurden in einen Topf geworfen.

Jenes Epitheton «Verräter» wurde auf der äussersten politischen Rechten in der Bundesrepublik gerne benutzt, um unter der Prämissse «einmal Verräter, immer Verräter» die Überlebenden des 20. Juli zu verunglimpfen. Die Diskussion «Verräter oder Patrioten» wurde im wesentlichen in den fünfziger Jahren ausgetragen und ab-

geschlossen. Mit ihrer Entscheidung, sich bei ihren geheimen Kontaktversuchen an die Westmächte zu wenden, hatten die Männer des Widerstandes gewissermassen die aussenpolitische Grundoption der Bundesrepublik vorweggenommen.

Recht auf Widerstand

Im Jahre 1968 nahm der Deutsche Bundestag das Recht auf Widerstand ins Grundgesetz auf, dessen Artikel 20 lautet: «*Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.*» Fabian von Schlabrendorff, Überlebender des 20. Juli und zu jener Zeit Richter am Bundesverfassungsgericht, hatte im Rückblick diese Entscheidung als «*politisch instinktlos*» bezeichnet. Widerstand bedürfe keiner rechtsstaatlichen Weihe. Hausbesetzer, Atomgegner und Pazifisten führen seitdem gerne das Wort vom Widerstand im Mund, wenn sie gegen die bestehende politische Ordnung protestieren, und meinen doch Verschiedenes von dem, worum es den Männern des 20. Juli gegangen war: die Beseitigung eines verbrecherischen Regimes und die Wiederherstellung des Rechts. Viele Diskussionen über die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der deutschen Opposition gegen Hitler, über die Rivalitäten zwischen der fortschrittlichen Gruppe der «Jüngeren», den Kreisauern um *Trott, Moltke und Haeften*, die einen radikalen Neuanfang befürworteten, und der Gruppe der «Älteren», den Honoratioren um *Beck, Goerdeler und Hassell*, die ein mehr konservatives Staatsverständnis hatten und für ein an der Machtpolitik orientiertes Handeln Deutschlands plädierten, muten aus heutiger Sicht eher akademisch an.

Von den Verfassungsplänen Goerdelers und den Selbstverwaltungsplänen der Kreisauer wurde in der Bundesrepublik kaum etwas verwirklicht. Andere Vorstellungen, wie Dezentralisierung und Föderalismus, indes gingen ins Bonner Grundgesetz ein. In unserem heutigen Verständnis des Wortes war der Attentäter Stauffenberg sicher kein Demokrat. Doch jenseits der Debatten um Kabinettslisten und Verfassungspläne ging es den Widerständlern um die alles entscheidende

Frage: Für oder gegen Hitler? Das erste Gebot des Widerstandes lautete in den Worten des Verbindungsmanns des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres, *Hasso von Etzdorf*: «*Der Kerl muss weg.*» Für alles andere wäre danach noch genügend Zeit gewesen.

Richtig ist, dass einige der Überlebenden sich im restaurativen Klima der fünfziger Jahre ein zweites Mal übergangen fühlten und sich, wie der frühere Kreisauer und kurzzeitige schleswig-holsteinische Ministerpräsident (1946/47) *Theodor Steltzer*, resigniert ins Privatleben zurückzogen. Andere Männer des Widerstands, wie der bayerische Justizminister *Josef Müller* («Ochsensepp»), verwickelten sich in Widersprüche beim Umgang mit der historischen Wahrheit und mussten daraufhin zurücktreten.

Wieder andere, wie der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, *Otto John*, der just am zehnten Jahrestag des 20. Juli von einem Teil Deutschlands in den andern überlief, kamen mit der politischen Wirklichkeit des kalten Krieges nicht zurecht oder wurden innerparteilich marginalisiert wie *Jakob Kaiser*, dessen Plädoyer für ein Deutschland als Mitte und Brücke zum Osten im Gegensatz zu *Konrad Adenauers* konsequenter Politik der Westintegration stand. Konrad Adenauer, der erste Kanzler der zweiten Republik, war kein Mann des Widerstandes. Er war alles andere als eine geborene Verschwörernatur und stand zeitlebens den Männern des 20. Juli mit skeptischer Distanz gegenüber. Doch das zentrale Anliegen der Männer des 20. Juli war auch sein politisches Leitmotiv: Die Deutschen, in deren Namen in den Jahren 1933–1945 so viel Unrecht geschehen war, sollten ihr Haupt wieder aufrecht tragen können.

Der amerikanische Publizist *Carl Sulzberger* hatte die Lehren des 20. Juli bereits 1946 in einem in der «*New York Times*» erschienenen Artikel zutreffend auf den Punkt gebracht: «*If the Germans are to learn to want freedom, then the men of the resistance will not have died in vain.*» Deutsche konnten zu Recht wieder auf Deutsche stolz sein. Das «*andere Deutschland*» des Widerstandes war bewusstes Gegenmodell zum Hitlerstaat. Ähnlich dem biblischen Gleichnis vom Weizenkorn, das

Das Attentat vom 20. Juli steht am Ende eines schwieri- gen, von inneren Anfechtungen, Missverständ- nissen und Neuaufbrüchen geprägten Weges.

sterben muss, um Frucht zu bringen, war die Tat Stauffenbergs ein in die Zukunft gerichtetes Zeichen der Hoffnung.

Schwieriger Umgang mit der Vergangenheit

Das Bekenntnis zum 20. Juli zählt mittlerweile zum Repertoire der politischen Klasse der Bundesrepublik. Das Attentat auf den Tyrannen hebt sich wohltuend ab von dem, was man sonst in Deutschland als «jüngste Vergangenheit» zu bezeichnen pflegt. Auch wenn Hitlers Gedankengut diskreditiert ist und sich niemand, der im politischen Diskurs ernst genommen werden will, auf den Diktator berufen kann, so blieb doch von Hitler wenig und viel zugleich. Normalität konnte und durfte der jungen Bundesrepublik nicht vergönnt sein. Nationalbewusstsein wurde für viele Deutsche zum Fremdwort. Das Verhältnis zum Staat blieb auch für die Generationen der nach Hitler Geborenen ein schwieriges. Dieser schwierige Umgang mit der Vergangenheit bringt es mit sich, dass die Debatten über den 20. Juli zum Reflex der politischen Gegenwart wurden. Kalter Krieg und Deutsche Frage, die grossen Diskussionen der Nachkriegszeit über Wiederbewaffnung, Westintegration, Notstandsgesetzgebung, Verjährung und «Vergangenheitsbewältigung» spiegeln sich wider in den Stufen und Phasen der Erforschung des Widerstandes gegen Hitler. In den sechziger Jahren setzte eine vornehmlich von der jüngeren Historikergenera-

tion getragene Kritik an den als rückwärtsgewandt bezeichneten gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Männer vom 20. Juli ein. Können Reaktionäre von gestern Vorbilder für morgen sein? Wer so spricht, vergisst, dass das Attentat vom 20. Juli am Ende eines schwierigen, von inneren Anfechtungen, Missverständnissen und Neuaufbrüchen geprägten Weges des Widerstandes steht. Die abgerissene Verbindung zur freiheitlich-westlichen Welt, welche die Männer um Stauffenberg wiederaufzunehmen suchten, indem sie in geheimen Sondierungen bereits im Vorfeld des Attentats die Haltung der Westmächte zu einem von Hitler befreiten Deutschland erkundeten, wurde durch die Tat Stauffenbergs wiederhergestellt.

Bereits im Frühjahr 1944 schrieb Ernst Jünger in seinem Tagebuch über den Widerstand gegen Hitler zutreffend: «*Man sieht dann auch, dass die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische.*» Am Ende stand die Tat, die Zeugnis ablegte von der Auflehnung einer kleinen Gruppe gegen den Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates und seiner innerweltlichen Heilslehre. Nirgendwo ist dieser Aufstand des Gewissens deutlicher formuliert als in der Erwiderung Hans Bernd von Haeftens vor dem Volksgerichtshof auf Freislers Frage, ob er einsehe, dass er Verrat geübt habe: «*Juristisch ist es Verrat, tatsächlich nicht, denn eine Treuepflicht habe ich nicht mehr empfunden. Ich sehe in Hitler den Vollstrecker des Bösen in der Geschichte.*» ♦

ULRICH SCHLIE

SPLITTER

*Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht,
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last – greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel –
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hängen unverässerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.*

SCHILLER, «Wilhelm Tell», Rütliszene

KLEINE BEGEGNUNG MIT EINEM GROSSEN MANN

ARTHUR HAEFLIGER,
geboren 1919 in Olten,
1943 Dr. iur. der Berner
Hochschule, 1948 Mit-
glied des Solothurner
Obergerichts, 1964 a.o.
Professor im Nebenamt
der Universität Bern,
1967 Bundesrichter,
1985/86 Bundesgerichts-
präsident. Rücktritt
Ende 1986; später eine
Zeitlang Ombudsmann in
der Fichensache des
Bundes. 1989 Professor
Walther-Hug-Preis,
1994 Dr. iur. h.c. der
Universität Zürich.

*Alt Bundesrichter Arthur Haefliger erinnert sich an
persönliche Gespräche, die er mit dem deutschen
Widerstandskämpfer Fabian von Schlabrendorff führte.*

Das Schweizerische Bundesgericht hat seit 1874 dafür zu sorgen, dass die Verfassung respektiert wird, und in der Bundesrepublik Deutschland ist die Mission eines Hüters der Verfassung seit dem Zusammenbruch des Dritten Reichs dem Bundesverfassungsgericht übertragen. Es versteht sich, dass jeder der beiden Gerichtshöfe die Rechtsprechung des nachbarlichen mit Interesse verfolgt. Im November 1972 luden die deutschen Richter die in der Verfassungsrechtspflegetätigen schweizerischen Kollegen nach Karlsruhe ein. Wir Schweizer hatten bei diesem mehrtägigen Besuch Gelegenheit, manche Fragen zu besprechen, die in beiden Ländern aktuell waren. Damit auch das persönliche Gespräch nicht zu kurz kam, fuhren wir an einem Abend aufs Land hinaus nach der Ortschaft Varnhalt, wo wir uns in einem einladenden Landgasthof, dessen Wirt den eigenen Wein ausschenkt, zu Tisch setzten. Mein Tischnachbar war Bundesverfassungsrichter *Fabian von Schlabrendorff*, den ich bis dahin nicht gekannt hatte. Am Rand war in der Unterhaltung, die ich mit meinem Nachbarn führte, von der Zeit die Rede, in der die Nationalsozialisten an der Macht waren, und mein Gesprächspartner bemerkte beiläufig, er habe vor langen Jahren eine kleine Schrift verfasst, die sich auf diese Epoche beziehe und die er mir bei Gelegenheit in die Schweiz nachsenden werde. Nach einiger Zeit traf denn auch in Lausanne mit einem liebenswürdigen Begleitbrief und mit freundlicher Widmung versehen ein Taschenbuch mit dem Titel «Offiziere gegen Hitler» ein, das Fabian von Schlabrendorff zum Verfasser hat. Daraus erfuhr ich, welch außergewöhnliches Schicksal das Leben dieses Mannes geprägt hatte. Es sind 50 Jahre her, seit am 20. Juli 1944 in Deutschland der Umsturzversuch niedergeschlagen wurde, und das mag es rechtfertigen, hier die Erlebnisse des deutschen Kollegen kurz zu schildern.

Widerstand vor dem Krieg

Er war 1907 geboren und entstammte einer märkischen Offiziersfamilie. Sein Vater war königlich-preussischer Generalleutnant, der Grossvater Grenadieroffizier. Er selber studierte die Rechte und wurde Rechtsanwalt. Er war ein überzeugter Gegner des nationalsozialistischen Regimes und beschäftigte sich schon vor dem Krieg mit der Bildung von Widerstandsgruppen. Er suchte die Engländer für dieses «andere Deutschland» zu gewinnen und traf 1938 in London mit *Winston Churchill* und *Lord Lloyd* zusammen. Im Juni 1939, als der Kriegsausbruch schon vorauszusehen war, führte er mit Churchill auf dessen Landsitz Gespräche, die freilich keine greifbaren Ergebnisse zeitigten. Im Krieg leistete von Schlabrendorff Dienst als Leutnant und später als Oberleutnant. Er war als Ordonnanzoffizier dem Generalmajor *Henning von Tresckow* zugeteilt, der erster Generalstabsoffizier in der Führungsabteilung der Heeresgruppe Mitte war. Von Schlabrendorff war mit ihm schon vor Kriegsausbruch zusammengetroffen, und bereits damals stimmten sie in der Ansicht überein, es müsse alles getan werden, um *Hitler* und den Nationalsozialismus zu Fall zu bringen.

Attentats- und Umsturzversuch im Krieg

Zu Anfang des Russlandfeldzuges war Generalfeldmarschall *von Bock* Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, später Generalfeldmarschall *von Kluge*. Nach der Anordnung Hitlers sollten dem vorrückenden Heer die Leute der SS folgen, die ein blutiges Regime führten.

1984 wurde das Buch mit einem Anhang von Walter Bussmann im Berliner Siedler-Verlag neu aufgelegt. 1979 erschien vom selben Verfasser (von Schlabrendorff) im Rainer Wunderlich-Verlag in Tübingen in zweiter Auflage ein Buch mit dem Titel «Begegnungen in fünf Jahrzehnten».

Tresckow und Schlabrendorff erreichten es, dass der SS-Terror entgegen den Befehlen auf ein Minimum reduziert wurde. Sie konnten sich heimlich mit einem SS-Gruppenführer namens *Nebe* in Verbindung setzen, der unter seiner Uniform ein versteckter Regimegegner war und der Hitlers Mordbefehle in unwahrscheinlichem Umfang sabotieren konnte. Auf diese Weise wurden viele Menschenleben gerettet. Von Tresckow und von Schlabrendorff erkannten früh, dass die deutschen Armeen in Russland einer Niederlage entgegengingen. Sie arbeiteten beide auf einen Umsturz hin. Von Schlabrendorff hatte oft Gelegenheit, von Russland nach Berlin zu fliegen, wo er mit zivilen Widerstandsgruppen Verbindung aufnehmen konnte. Auch mit Admiral *Canaris* führte er Gespräche. 1943 beschloss die Widerstandsbewegung, Hitler umzubringen. Es gelang, ihn zu einem Frontbesuch nach Smolensk einzuladen, wo sich das Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte befand. Die Absicht der Verschwörer ging dahin, Hitler nicht in Smolensk zu erschiessen, sondern beim Rückflug eine Bombe in das Flugzeug des Führers zu schmuggeln, wobei der Anschlag als Flugzeugunglück hätte getarnt werden können. Von Tresckow und von Schlabrendorff bereiteten das Attentat mit grosser Sorgfalt vor. Sie stellten zwei Sprengkörper her, die in etwa die Form von Flaschen hatten, und packten sie in ein Paket. Der Besuch Hitlers fand am 13. März 1943 statt. Vor dem Rückflug fragte von Schlabrendorff einen Begleiter des Führers, Oberst *Brandt*, ob er ihm für General *Stieff* zwei Cognacflaschen mitgeben könne, die dieser seinerzeit bei einer Wette gewonnen habe. Der Begleiter nahm das Paket mit, die Bombe explodierte aber nicht, weil das Zündhütchen nicht funktionierte. Es kam die Meldung, Hitler sei gut in seinem Hauptquartier gelandet. Von Tresckow rief sogleich Oberst Brandt an und ersuchte ihn, das Paket General Stieff nicht auszuhändigen, da eine Verwechslung vorliege. Unter einem militärischen Vorwand flog von Schlabrendorff am nächsten Tag mit einem Paket, das nun wirklich zwei Cognacflaschen enthielt, ins Führerhauptquartier und tauschte es gegen das Sprengstoffpaket aus. Von Tresckow führte trotz diesem Fehlschlag seine Bemühungen wei-

**Der amtliche
Verteidiger
erklärte
ihm ohne
Umschweife,
er müsse
mit einem
Todesurteil
rechnen.**

ter und versuchte, möglichst viele zuverlässige Leute für den Umsturz zu gewinnen. Von Schlabrendorff traf im Sommer 1943 mit *von Stauffenberg* zusammen, in dessen Pläne auch von Tresckow eingeweiht war. Am 20. Juli 1944 missglückte das Attentat, das von Stauffenberg gegen Hitler ausführte. Am Tag darauf begab sich von Tresckow vor die feindlichen Linien, wo er den Tod fand. An seinen Freund und Weggefährten von Schlabrendorff richtete er den folgenden Brief:

«Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, dass wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und Untlassen, so glaube ich, mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn einst Gott Abraham verheissen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unsern Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.»

Von Schlabrendorff wurde am 17. August 1944 verhaftet und in das Gestapo-gefängnis in Berlin gebracht, wo er u.a. mit Canaris, Schacht und dem Theologen Dietrich Bonhoeffer zusammentraf. In der Untersuchung, welche die Gestapo wegen seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 gegen ihn führte, wurde er misshandelt. Der amtliche Verteidiger, der ihn aufsuchte, erklärte ihm ohne Umschweife, er müsse mit Sicherheit mit einem Todesurteil rechnen. Am 21. Dezember 1944 stand er vor dem Volksgerichtshof, der von dem berüchtigten Richter *Freisler* präsidiert wurde. Sein Fall konnte an diesem Tag nicht beurteilt werden, und er kehrte wieder in sein Gefängnis zurück. Dort hatte er Gelegenheit, mit Bonhoeffer zu sprechen, der seinem Geschick mit innerer Ruhe ins Auge sah. Am 3. Februar 1945

wurde von Schlabrendorff ein zweites Mal vor den Volksgerichtshof gestellt. Während der Verhandlung kam die Meldung, amerikanische Bomberstaffeln seien im Anflug. Das Gebäude, in dem der Gerichtshof tagte, wurde durch Bomben zerstört. Freisler wurde von einem herunterstürzenden Balken getroffen und getötet. Vor ihm lagen die Strafakten des Angeklagten Schlabrendorff. Dieser wurde in einer späteren Verhandlung formell freigesprochen, aber trotzdem in das Lager Flossenbürg verbracht, das als Vernichtungslager bekannt war und in dem u.a. Bonhoeffer hingerichtet wurde. Von Schlabrendorff wurde wegen der militärischen Lage in ein anderes Lager verbracht, eines Tages hörte er Gefechtslärm, die Amerikaner waren im Vormarsch, und am 4. Mai 1945 wurde er von ihnen befreit.

Bundesverfassungsrichter nach dem Krieg

Dieses Geschick hatte also der Mann erfahren, dem ich damals im November 1972 in Varnhalt zur Seite sass. Nach dem Krieg trat er wieder in die Advokatur ein. Als bekannt wurde, dass er bereit wäre, im Bundesverfassungsgericht Einstieg zu nehmen, stand die Wahl, wie ich später hörte, schon fast fest, so hoch war das Ansehen, das er sich während des Krieges als unerschrockener Kämpfer für Recht und Menschlichkeit erworben hatte.

Nach dem Schweizer Besuch in Karlsruhe führte ich mit ihm einen kleinen Briefwechsel. Mein deutscher Kollege kannte unser Land gut und schätzte den staatspolitischen Sinn des Schweizer Bürgers recht hoch ein. Als ich ihm einmal meinen Aufsatz zum hundertjährigen Bestehen des Schweizerischen Bundesgerichts schickte, bemerkte er, er habe wieder einmal festgestellt, «dass wir Deutschen von der ungebrochenen und gesunden Entwicklung des Schweizer Landes und Volkes viel lernen können». Ich widersprach dem Lob nicht, empfahl aber mit aller Zurückhaltung, die Vorzüge unseres Staatswesens nicht allzu idealisierend einzuschätzen, und fügte die Hoffnung bei, es werde auch in Zukunft das alte Wort gelten: «Confoederatio Helvetiorum Dei gratia et confusione hominum regitur», es möge die Eidgenossenschaft also weiterhin

Nur ein überlegener Staatsbürger bringt es fertig, seine Macht-position nicht auszuspielen, sondern den Minderheiten etwas mehr zuzugestehen, als ihnen nach der blosen Zahl zukäme.

von der göttlichen Vorsehung und der Konfusion ihrer Bürger geleitet werden. Vom Verhältnis des Staats zum Individuum hatte von Schlabrendorff seine eigene entschiedene Meinung. Wie jedermann weiss, prägten die Nationalsozialisten den Satz, der einzelne sei für den Staat da, und in der Praxis setzten sie das Prinzip mit aller Rücksichtslosigkeit durch. Als nach dem Krieg das Joch abgeschüttelt werden konnte, wurde verständlicherweise der Grundsatz verkündet, der Staat sei für den einzelnen da, nicht der einzelne für den Staat. Von Schlabrendorff, der sich unter Einsatz seines Lebens gegen die Diktatur aufgelehnt hatte, konnte sich der neuen Lehre nicht anschliessen. Für ihn war es zwar ganz natürlich, dass der Staat um des Menschen willen da sei, aber er war andererseits auch dezidiert der Ansicht, der einzelne habe die Pflicht, sich in den Dienst des Staats zu stellen, «für den Staat» da zu sein. In diesem Sinn schrieb er in einem seiner Briefe: «Ein Staat muss klar sagen: Das Wohl der Gemeinschaft geht dem Wohl des Individuums vor. Das haben Plato und Aristoteles schon gewusst. Wenn wir glauben, die Weisheit der alten Griechen in den Wind schlagen zu können, so werden wir ein böses Ende nehmen. Schliesslich ist doch der Staat der Garant für das Bestehen des einzelnen Individuums.»

Im Grunde war es wohl vor allem die Interesselosigkeit des Bürgers gegenüber dem Staat, gegen die sich die These von Schlabrendorffs richtete, und sie ruhte auf der Voraussetzung, dass der Staat auf Wahrung des Rechts und Achtung der Menschenwürde angelegt sei. In der Zeit, in der wir unsere Korrespondenz führten, war in der Schweiz die Diskussion um die Totalrevision der Bundesverfassung im Gang. Mein Kollege verfolgte sie genau und mit lebhaftem Interesse. Er hielt es für erfreulich, dass sich die Schweizer auf die Grundwerte ihres Staatswesens besannen und sich anschickten, dessen rechtliche Grundlagen den Anforderungen der neuen Zeit anzupassen. Er schätzte die Art, wie im Verfassungsentwurf die Grundsätze – etwa die Individualrechte – einfach und prägnant formuliert waren. In der vornehmen Zurückhaltung, die ihn allgemein auszeichnete, unterliess er es indes, über das schweizerische Ver-

fassungsprojekt als Ganzes ein Urteil abzugeben. Es waren mancherlei Probleme, die wir in unsren Briefen streiften, und der Gegenbesuch, den die Richter des Deutschen Bundesverfassungsgerichts 1973 den Schweizer Kollegen abstatteten, gab uns Gelegenheit, unsere Gedanken mündlich weiter zu führen. Wir taten es ausgiebig, und ich erinnere mich zum Beispiel daran, mit welchem Respekt von Schlabrendorff die Schweiz als Vorbild für die Lösung von Minderheitenproblemen hinstellte. Er meinte in diesem Zusammenhang, nur ein überlegener

Staatsbürger bringe es fertig, seine Macht-position nicht auszuspielen, sondern den Minderheiten etwas mehr zuzugestehen, als ihnen nach der blossen Zahl zukäme.

Als 1980 aus Karlsruhe die Nachricht eintraf, Fabian von Schlabrendorff sei gestorben, erinnerte ich mich der Verse, die am Schluss des Vorworts zu seinem Buch «Offiziere gegen Hitler» stehen:

*«Das Haus ist zerfallen
was hats denn für Not
der Geist lebt in uns allen
und unsere Burg ist Gott.»* ♦

ARTHUR HAEFLIGER

ÜBERWINDUNG VON GESCHICHTSBILDERN

In dem jüngst erschienenen «Lexikon des deutschen Widerstandes» wird der Versuch unternommen, alle Facetten des Widerstandes gegen den Hitler-Staat darzustellen. Ein Lexikon überdies, das sich wie ein Buch lesen lässt. Es erinnert an den mutigen Widerstand einzelner gegen Hitler und zeichnet die Gründe der Erfolglosigkeit der organisierten Opposition nach.

Seit Bestehen der Bundesrepublik gilt das gescheiterte Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juni 1944 als Symbol des notwendigen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Die moralische Integrität der Männer und Frauen um Oberst Graf Schenk von Stauffenberg konnte überhaupt erst jenes Vertrauen herstellen, das die Westalliierten später der jungen Bundesrepublik entgegenbrachten. Die DDR, die es ablehnte, im völkerrechtlichen Sinne Nachfolgestaat des Dritten Reiches zu sein, betrachtet sich selbst als Erbe und als unmittelbare Folge des kommunistischen Widerstands gegen Hitler. Beinahe die gesamte Staatsführung setzte sich aus Männern der ehemaligen KPD zusammen, die bereits ab 1933, spätestens aber seit 1937, im Moskauer Exil lebten. Die Agitationen der KPD gegen die Demokratie der Weimarer Republik einerseits und der die Teilung des deutschen Staates in den fünfziger Jahren vor-

antreibende stalinistische Staatsapparat unter dem späteren Mauerbauer Walter Ulbricht liess ein positives Bild des kommunistischen Widerstandes gegen das Naziregime in der Bundesrepublik nicht zu. Auf der anderen Seite fanden zum Beispiel die jungen Leute der Weissen Rose, der Münchner Studentengruppe, die, ohne ideologisch geleitet zu sein, im NS-Staat für die Herstellung der Menschenwürde und eine demokratische Staatsregierung mit menschlichem Antlitz kämpften und dies mit dem Leben bezahlten, keinen Platz in einer DDR-Geschichtsschreibung. Sie hatte es von vornherein auf eine Heroisierung des kommunistischen Widerstandes angelegt hatte. Tatsächlich war der kommunistische Widerstand der am besten organisierte, weil vom Ausland unterstützte. Die im Moskauer Exil lebenden und im Nationalkomitee «Freies Deutschland» zusammengeschlossenen KPD-Parteiführer verfügten mit den vielen

kleinen kommunistischen Widerstandsgruppen im Reich über effiziente «Brückenköpfe», wenn auch viele von ihnen von der Gestapo zerschlagen wurden. Die meisten dieser Gruppen legten es seit spätestens 1942 gar nicht mehr auf einen Umsturz an, sondern sahen ihre Stunde gekommen, sobald Hitler militärisch kapituliert haben würde. Als 1949 die aus Moskau zurückgekehrten Politiker die DDR gründeten, schien dies von langer Hand vorbereitet, so, als habe eine Exilregierung darauf gewartet, nach dem Sturz Hitlers in Funktion zu treten.

Im Unterschied zu den Kommunisten fehlte dem organisierten bürgerlichen, liberalen, sozialdemokratischen, christlichen, gewerkschaftlichen und militärischen Widerstand während des «Dritten Reiches» der Rückhalt im Ausland. Noch wichtiger für sein Scheitern indessen war, dass er nicht in der Lage war, die Differenzen zwischen den einzelnen politischen und sozialen Schattierungen auszugleichen. Noch 1943, als die Chancen für einen Staatsstreich immer geringer wurden und folglich immer schneller hätte gehandelt werden müssen, kam es noch zu langen Diskussionen über personelle Besetzungen der Regierung nach Hitler und zu Auseinandersetzungen, deren Bedeutung angesichts der drohenden Katastrophe aus heutiger Sicht schwer verständlich erscheint. So konnte sich zum Beispiel der Kreisauer Kreis um *Helmut James Graf von Moltke* nicht zu einer engeren Mitarbeit des angesehenen ehemaligen hessischen SPD-Innenministes *Wilhelm Leuschner* durchringen. Leuschner seinerseits hatte dem Kreis die Mitarbeit von *Carl Goerdeler*, dem ehemaligen konservativen Leipziger Oberbürgermeister und Vorsitzenden des nach ihm benannten Goerdeler-Widerstandskreises empfohlen, der wiederum von anderen Sozialdemokraten und auch von Moltke und *Graf Yorck von Wartenburg* als reaktionär abgelehnt wurde. Wertvolle Monate vergingen so, bis man sich bei den Planungen der Kreisauer für ein durch Staatsstreich vom Nationalsozialismus befreites Deutschland schliesslich trotz aller Bedenken auf Goerdeler als Reichskanzler einigen konnte. Innerhalb des Militärs stellte sich zwischen nazikritischen, aber letztlich gegenüber dem Regime loyal bleibenden

Offizieren einerseits und zum Umsturz bereiten Offizieren andererseits kein Vertrauen ein.

Ein Lexikon mit Überblicksdarstellung und Sachartikeln

Aus der in den letzten Jahren erschienenen Literatur zum Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime sticht das nun rechtzeitig zum fünfzigsten Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Hitler vom 20. Juni 1944 im Fischer-Verlag vorliegende «Lexikon des deutschen Widerstandes»¹ hervor. Herausgeber sind der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Wolfgang Benz, und Walter H. Pehle, Lektor für Zeitgeschichte im Fischer Taschenbuchverlag. Es ist das erste Mal, dass grosse Teile des zur Zeit verfügbaren Wissens über den Widerstand in Deutschland lexikalisch aufbereitet wurde. Der Band bietet in seinem ersten Teil Überblicksdarstellungen zum Widerstand vor 1933, zur kommunistischen, sozialistischen und bürgerlichen (nationalkonservativen) Opposition, zur Widersetzung von Kirchen und Christen, zum militärischen Widerstand, zur Jugendopposition, zum Widerstand von Verfolgten, von Frauen und Emigranten. Im zweiten Teil folgen mehr als 60 Sachartikel über Widerstandsgruppen, Ereignisse, Problemzusammenhänge und Begriffe. Hieran haben vierzig namhafte Historiker wie *Freiherr von Aretin*, *Hermann Graml*, *Hans Mommsen*, *Carsten Nicolaisen*, *Manfred Overesch* und *Patrick van Norden* gearbeitet. Der dritte Teil des Lexikons enthält Kurzbiographien von nahezu allen 650 im Buch genannten Personen aus dem Widerstand.

Verweigerung des einzelnen

Das vorliegende Lexikon berücksichtigt in erhöhtem Masse die Hilfsaktionen einzelner und von Bürgergruppen. Freilich sind den Darstellungen Grenzen gesetzt. Im Vorwort weisen die Herausgeber darauf hin, dass angesichts «einer Zahl von etwa 7000 namentlich bekannten Widerstandskämpfern und der anderen Personen, auf die der erweiterte Widerstandsbegriff dieses Lexikons zutrifft», nicht alle Gegner des

¹ *Lexikon des deutschen Widerstandes*, herausgegeben von Wolfgang Benz und Walter H. Pehle, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1994.

Nationalsozialismus einzeln gewürdigt werden. Sehr weit, aber immer im Bestreben, nahezu alle Formen des Ungehorsams und der bis zum Umsturzversuch gehenden Widersetzlichkeit zu berücksichtigen, definieren die Herausgeber Widerstand als «*jede Form von Verweigerung und Opposition, von stiller Obstruktion bis zum versuchten Tyrannenmord*». In Opposition zu sein, hiess dem diktatorischen Regime durch Wort, Schrift und Tat entgegenzutreten, ihm seine Rechtmässigkeit zu bestreiten, bedrohte Personen zu unterstützen, die Effizienz seines Apparates – insbesondere seiner Repressionsorgane – zu hinterreiben.

In den Artikeln zu speziellen Sachverhalten im zweiten Teil des Lexikons – etwa «Dissens und Verweigerung im Alltag», «Wehrkraftzersetzung und Fahnenflucht» oder «Hilfe und Solidarität» – werden viele Namen genannt, von denen heute eine grössere Öffentlichkeit kaum noch spricht und denen das Lexikon somit auch ein Denkmal setzt. *Otto Weidt* etwa, der in seiner Berliner Besen- und Bürstenbinderwerkstatt jüdische Blinde und Taubstumme beschäftigte und sie durch Bestechungen immer wieder vor der Deportation rettete, sowie *Maria Gräfin von Maltzan*, die im katholischen Widerstand tätig war und zusammen mit anderen insgesamt 62 Menschen half zu überleben, indem sie sie versteckte, ihnen falsche Papiere besorgte oder sie illegal über die Grenze brachte. Pfarrer *Heinrich Grüber*, der das im Sommer 1938 eingerichtete Büro Grüber leitete, kümmerte sich in erster Linie um Auswanderungshilfe für «nichtarische Christen», war gelegentlich auch mit falschen Papieren behilflich².

Hitler in den Zeugenstand geladen

Dass es bereits vor 1933 Menschen gab, welche die verbrecherischen Methoden anprangerten, mit denen Hitler die Machtergreifung vorbereitete, davon zeugt das Engagement des jungen Berliner Rechtsanwalts *Hans Achim Litten*. Ohne Mitglied einer Partei zu sein, engagierte er sich im Rahmen der «Roten Hilfe Deutschland» für Proletarier, die aus politischen Gründen vor Gericht gerieten. Im November 1930 hatte der berüchtigte

***Es werden viele
Namen genannt,
von denen heute
eine grössere
Öffentlichkeit
kaum noch
spricht.***

² An dieser Stelle sei auf eine Sammlung von Porträts verwiesen, welche die Dramatik und Tragik der Hilfeleistungen einzelner wiedergeben: Eric Silver, Sie waren stille Helden. Frauen und Männer, die Juden vor den Nazis retteten. Aus dem Englischen von Verena Koch, Hanser, München 1992.

Berliner SA-Sturm 33 ein Arbeiterlokal, den «Edenpalast», überfallen und vier Männer schwer verletzt. Litten vertrat sie als Nebenkläger und liess Hitler als den verantwortlichen Chef der NSDAP in den Zeugenstand laden, wo er ihn arg in die Enge trieb. Litten beabsichtigte den Nachweis, dass die Gewaltakte der SA nicht Exesse der unteren Ebene, sondern von der Parteiführung angeordnet waren. Es gelang dem Anwalt, Hitler zur öffentlichen Distanzierung vom Berliner Gauleiter *Goebbels* zu zwingen. Die Nationalsozialisten rächten sich grausam für das peinliche Kreuzverhör Hitlers. In der Nacht zum 28. Februar 1933 wurde Litten verhaftet. Die folgenden fünf Jahre bis zu seinem Tod im KZ Dachau verbrachte er in Zuchthäusern und Konzentrationslagern.

Fragwürdige politische Pläne der nationalkonservativen Opposition

Bereits der Erscheinungszeitpunkt macht allerdings deutlich, dass auch dieses Lexikon dem 20. Juli 1944 verpflichtet ist. Doch bewegen sich die Ausführungen über die nationalkonservativen Eliten weg von jeglicher Idealisierung und finden den Weg zu einer kritischeren Bewertung, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Bedeutung des bürgerlichen, nationalkonservativen Widerstandes liegt sowohl im Bewusstsein dieser Eliten, mit dafür verantwortlich gewesen zu sein, dass Hitler an die Macht kommen konnte, als auch in der Verbindung, den sie mit der militärischen Opposition unterhielten. In dieser Konstellation gründete nicht nur die Hoffnung, dass ein Umsturz gelingen könnte, lange Zeit wurde auch in der historischen Forschung angenommen, die konservative Opposition habe auch über den erforderlichen politischen Weitblick verfügt, der es erlauben sollte, Pläne für die politische Gestaltung der deutschen Gesellschaft der nachfaschistischen Zeit zu erarbeiten. Dass dies nicht der Fall war, zeigen die Ausführungen zum Stichwort «Das Ziel». «Das Ziel» war eine von Carl Goerdeler und dem später zum Stauffenberg-Kreis gehörenden General *Ludwig Beck* 1941 verfasste Denkschrift, die weder auf aussenpolitisches Fingerspitzengefühl noch auf ein modernes, damals in

England, Frankreich oder in den USA bereits realisiertes Demokratieverständnis ihrer Autoren schliessen lässt. Der Denkschrift zufolge sollte das Reich nach erfolgreichem Umsturz in seinen territorialen Grenzen von 1938 (unter Einschluss Österreichs, des Elsasses, des Sudetenlandes und des polnischen Korridors) fortbestehen. Dem Reichsparlament sollte ein nicht gewähltes Reichsständehaus zur Seite gestellt werden, dem Reichskanzler wurde ähnlich wie im Kaiserreich eine dominierende Stellung zugedacht. Fortschrittlicher sah es da im Kreisauer Kreis um Helmuth James von Moltke aus. In deren wichtigstem Verfassungsentwurf «Grundsätze zur Neuordnung» (auch dies ein Stichwort des Lexikons) ist von einem föderalistisch aufgebauten Staatsgebilde die Rede, von der Aufgabe der nationalstaatlichen Souveränität zugunsten einer europäischen Ordnung. Das Wirtschaftsprogramm war unter anderem vom Gedanken der Mitbestimmung in Betriebsgemeinschaften, Kammern und einer «Deutschen Gewerkschaft» bestimmt.

Warum so spät?

Mit gutem Gespür für die in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit immer noch gestellten Fragen, warum Umsturzpläne erst so spät kamen, fokussiert Hans Mommsen in seiner Überblicksdarstellung «Bürgerlicher (nationalkonservativer) Widerstand» seine Reflexionen auf diejenigen Ereignisse, die bereits ab 1938 die Verhaftung Hitlers, einen Umsturz des Naziregimes oder später, während des Krieges dann, ein Attentat auf Hitler verhinderten. Dazu gehörte die britische Appeasementpolitik, die das Münchner Abkommen von 1938 ermöglichte und nicht nur die Legitimität des Nazi-Regimes und seiner territorialen Ansprüche bestätigte, ebenso wie die schnellen militärischen Erfolge zu Beginn des Krieges, die die deutsche Generalität wenig geneigt machten, sich den Konspirationen gegen Hitler im Auswärtigen Amt und in der Abwehr Ausland anzuschliessen. Das gescheiterte Bürgerbräu-Attentat des 36jährigen Kunstschrainers Johann Georg Elser am 8. November 1939 hatte zudem zu erhöhten Sicherheitsmassnahmen im Umkreis Hitlers geführt. Läh-

.....

***Ein Blick in
die preussisch-
deutsche
Militärgeschichte
zeigt, dass
in Ausnahme-
situationen auch
der Gehorsam
der Soldaten
seine Grenzen
finden konnte.***

.....

mend wirkte auch, dass sich die britischen Regierungsvertreter zwar mehrere Male zu den von Mitgliedern des Auswärtigen Amtes gesuchten Gesprächen bereitfanden, aber, wenig überzeugt von den Erfolgssäusichten der Widerständler, zu keiner Unterstützung bereit waren. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung waren die Ereignisse im Vorfeld des deutschen Überfalls auf die westlichen Nachbarn an Tragik nicht zu überbieten: Obwohl General Hans Oster von der «Abwehr», derjenigen Dienststelle in Berlin, in der ab 1938 Admiral Wilhelm Canaris viele zum Widerstand bereite Offiziere um sich sammelte, dem holländischen Militärattaché den Zeitpunkt des deutschen Angriffs auf die Benelux-Staaten mitteilte und damit bis zum äussersten ging, brachte gerade die Tatsache, dass dann die Angriffe auch tatsächlich stattfanden, den deutschen Widerstand in Misskredit. Erst wenn es ihm gelungen wäre, den Angriff zu verhindern, so scheint es heute, hätte sich das Vertrauen der Alliierten eingestellt. Doch der Arm der Männer aus der Abwehr erreicht nicht die Generalität. Die Generalfeldmarschälle Hans Günther von Kluge und Gerd von Rundstedt gehörten zu den wiederholt über mehrere Jahre hinweg von den Widerständlern kontaktierten Männern, denen für die anschliessende militärische Stützung des Umsturzes wichtige Heeresteile unterstanden. Obwohl auch sie zu Anfang des Krieges und zu einem späteren Zeitpunkt vermehrt in Widerspruch zu Hitlers Kriegszielen gerieten, fühlten sich beide an ihren Eid gegenüber Hitler gebunden.

Es wäre wohl nicht über die Aufgabe des Lexikons hinausgegangen, die Fragwürdigkeit dieser oft gehörten Erklärung für die Weigerung vieler Militärs, trotz ihrer Ablehnung Hitlers und des Nationalsozialismus in den Widerstand einzutreten, herauszustellen. Ein Blick in die preussisch-deutsche Militärgeschichte zeigt, dass in Ausnahmesituationen auch der Gehorsam der Soldaten seine Grenzen finden konnte. Johannes Friedrich Adolf von der Marwitz und Ludwig Graf von Yorck's Tauroggener Konvention aus dem Jahre 1812 seien als Beispiele erwähnt. Das Recht auf Verweigerung eines als rechtswidrig und verbrecherisch erkannten Befehls war schon Bestandteil des preussi-

schen Militärstrafgesetzbuches von 1872 gewesen und fand sich ebenso in den Heeresdienstverordnungen von 1935 und 1940. Ob die Verweigerungshaltung der Generalität gegenüber dem Widerstand auf Charakterschwäche, falsch verstandener Vaterlandsliebe oder einer Mischung aus überkommener Loyalität und Bequemlichkeit beruht, lässt sich nur am Einzelfall klären. Das gilt auch für die Frage, warum viele Offiziere erst zum Widerstand gefunden haben, nachdem sie eingesehen hatten, dass der Krieg militärisch verloren war. Zu Recht weist *Romedio Graf Thun* in seinem Aufsatz über «General Oster und die Ultima ratio des Widerstandes» («FAZ», Nr. 181, vom 8. August 1987) darauf hin, dass die Befreiung der Verschwörer auf militärische Notwendigkeiten «zu den wenigen überzeugenden Argumenten zählte, wenn sie die Unterstützung zumindest von Teilen ihrer Offizierskameraden in der Wehrmacht erreichen wollten».

Das Lexikon erwähnt zwar die Hoffnungen, die gerade jüngere Offiziere 1933 – wie im übrigen ja auch zivile national-konservative Kreise – in Hitlers Wiederaufbau einer deutschen Armee und die damit verbundene Revision des Versailler Vertrages setzten, doch werden weder in den Überblicksdarstellungen noch in den Kurzartikeln Persönlichkeitsprofile erstellt. So erfährt man zwar Stauffenbergs Entrüstung aus dem Jahre 1942 «*Die erschiessen massenhaft Juden. Das darf so nicht weitergehen!*», wenig aber über die Beweggründe und die Entwicklung, die zur Bekehrung vom Saulus zum Paulus geführt haben, die Militärs und andere Personen des öffentlichen Lebens erfasste. Auf die immer wieder gestellte Frage, ob es denn erst der Kenntnis schlimmer Verbrechen bedurfte und beispielsweise weniger folgenreiche aber bezeichnende Rechtsverletzungen durch den NS-Staat nicht ausreichten, um die Umkehr einzuleiten, geht das Lexikon nicht ein. Dies ist um so erstaunlicher, als dass doch bekannt ist, dass jüngere Offiziere wie *Henning von Tresckow* und *Claus von Stauffenberg* erst die Mauer der eigenen illusionären Hoffnungen und politischen Fehleinschätzungen überwinden mussten, um die innere Freiheit und die Kraft zum Widerstand zu erlangen. Stauffenberg hoffte

**Es stellt sich
die Frage,
warum viele
Offiziere erst
zum Widerstand
gefunden haben,
nachdem sie
eingesehen
hatten, dass der
Krieg militärisch
verloren war.**

noch Ende 1941 auf eine Verbesserung der militärischen Chancen, weil Hitler selbst den Oberbefehl über das Heer übernommen hatte. Die Kampfkraft der Roten Armee hielt er um diese Zeit für schwer angeschlagen. Vor diesem Hintergrund war von Stauffenberg keine positive Reaktion zu erwarten, als er Ende 1941 auf indirektem Wege von Helmuth James Graf von Moltke auf eine Staatsstreichbeteiligung – ohne Attentat – angesprochen wurde. «*Während des Krieges darf man so etwas nicht machen, vor allem nicht während eines Krieges gegen die Bolschewisten*». Danach würde man mit der braunen Pest aufräumen³.

Die Kirchen prangern Euthanasie an

Die beiden christlichen Kirchen, die über ein das ganze Land umspannendes Organisations- und Kommunikationsnetz verfügten, konnten sich nicht auf eine einheitliche Widerstandslinie gegen Hitler einigen. Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft erhoffte sich die protestantische Kirche eine Renaissance der Idee jenes Obrigkeitstaates im lutherischen Sinne, in deren Schutz sie zur preussischen Staatskirche geworden war. Die katholische Kirche, obwohl aufgrund der Erfahrungen des Kulturkampfes weniger die Anlehnung an den Staat suchend, begrüßte im nationalsozialistischen Staat jene straffe Hierarchie, die auch ihr eigen war. Auch die Regimekritik der 1934 in Wuppertal von protestantischen Theologen um *Karl Barth* und *Martin Niemöller* gegründete Bekennenden Kirche (BK) hat gewisse Grenzen nicht überschritten. In der Regel war kirchliche Kritik in staatsloyale Äußerungen eingebettet, und sie betraf bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges fast ausschließlich kirchenpolitische Massnahmen des Regimes. Erst als die Gestapo im «Schutze» des Krieges immer mehr mit ihren Gewaltaktionen die individuelle persönliche Freiheit missachtete und kranke und alte Menschen in Heimen tötete, wurde die Sprache gegenüber der Obrigkeit eindringlicher. Der Bischof von Münster, *Graf von Galen*, protestierte öffentlich gegen diese Mordaktionen. Vermutlich hat dieser Protest der Kirchen dazu geführt, dass die sogenannte Euthanasie Ende 1941 einge-

³ Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Herausgegeben von Jürgen Schmädeke und Peter Steinbach, 3. Auflage, Piper, München 1994.

schränkt wurde. Eine ähnlich eindeutige institutionelle Opposition gegen die Verfolgung der Juden haben die Kirchen nicht geleistet. Der deutsche Protestantismus forderte allerdings 1943 in dem heimlich verbreiteten «Münchener Laienbrief» die Kirche auf, dem Versuch des Staates zu widerstehen, das Judentum zu vernichten. Dietrich Bonhoeffer hatte bereits 1935 als Leiter eines Prediger-Seminars betont, dass die Vernichtung von Menschen aus rassischen Gründen nicht mit dem Schwertamt der Obrigkeit begründet werden kann.

Mit dem «Lexikon des deutschen Widerstandes» liegt ein erstaunlich konsistentes Nachschlagewerk vor, das in sehr kompakter Form über alle wissenschaft-

lich nachweisbaren Aspekte der deutschen Opposition gegen Hitler orientiert. Ein Lexikon, das sich auch wie ein Buch lesen lässt; die grosse Kohärenz der einzelnen Beiträge macht es möglich. Bei der Aufarbeitung des deutschen Widerstandes gab die Suche nach den Gründen für die Erfolglosigkeit die Richtung an. Ein Scheitern mithin, für das nicht allein das missglückte Attentat der Stauffenberg-Gruppe steht, das vielmehr gerade in der Aufsplitterung der Opposition und der nicht glückenden Konsensfindung seinen Ursprung hat. Dies mag auch ein Grund dafür sein, dass es organisierten oppositionellen Kräften zu keinem Zeitpunkt gelang, die Masse des deutschen Volkes zur Mitarbeit zu bewegen. ♦

MICHAEL WIRTH

POLITIK DES SCHWEIGENS

Grossbritannien und die deutsche Opposition gegen Hitler

Aus Misstrauen gegenüber den Plänen des Widerstandes für ein anderes Deutschland, aber auch aus Sorge um den Bestand des eigenen Weltreiches, zeigte die britische Regierung dem deutschen Widerstand die kalte Schulter.

«Die deutschen Widerstandskämpfer wurden weder von dem erfolgsberauschten und irregeleiteten Teil des eigenen Volkes noch auch von den freien Völkern in ihren Zielen richtig verstanden. Und selbst wenn bei den Westmächten das Wissen um den Widerstand vorhanden war, so erschien seine Möglichkeit, den Kampf gegen Hitler zu gewinnen und aus eigener Kraft das System zu beseitigen, zu unsicher oder aussichtslos», urteilte Rudolf Pechel in seinem 1951 in Eindhoven gehaltenen Vortrag über die deutsche Widerstandsbe wegung. Pechel, der selbst der Opposition gegen Hitler angehört hatte, war damit einer der ersten, der nach dem Krieg im Ausland für eine nachträgliche Anerkennung des deutschen Widerstandes warb. Erstaunlicher noch: Pechel sparte nicht mit Schuldzuweisungen. Der Westen, also Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika, habe «kaum je danach

gefragt, für welche Ziele denn der deutsche Widerstand zum Kampf angetreten» war. «Hätte man sich diese Mühe gemacht», so Pechel weiter, «so hätte man erkennen können, dass seine Ziele die gleichen waren, für welche die freie Welt gegen den braunen Totalitarismus zu Felde zog.»

Seither ist die Diskussion über die Frage nicht verstummt, warum vor allem Grossbritannien das «andere», bessere Deutschland nicht wahrnehmen wollte, warum es ihm jegliche Unterstützung vor und nach 1939 versagte. Die Skala der Vorwürfe, die sich in der Hauptsache gegen Chamberlain, Churchill und Eden gerichtet haben, reicht von der These, dass zunächst das appeasement Hitler «vor den Generälen gerettet» habe: Später sei es die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation gewesen, die den Widerstand gegen Hitler neutralisiert habe. Die «verlassenen Verschwörer» nennt Klemens von

Klemperer die wahren Tragöden im Deutschland Hitlers, die verzweifelt auf der Suche nach Verbündeten gewesen waren, allen voran die Anglophilen unter den Opponenten *Adam von Trott* und *James von Moltke*.

Fragwürdige aussenpolitische Konzeption des Widerstandes

Der Mythisierung des Widerstandes, die noch die greise *Ricarda Huch* 1946 mit Aufrufen wie «Für die Märtyrer der Freiheit» begonnen und mit Versuchen über die «Weisse Rose» und Lebensbildern deutscher Widerständler fortgesetzt hatte, steht eine zunehmend kritische Betrachtung der politischen Ziele des deutschen Widerstandes gegenüber, die Mitte der sechziger Jahre von *Hans J. Reichhardt*, *Hans Mommsen* und *Hermann Graml* eingeleitet wurde. Insbesondere Gramls Untersuchungen über die aussenpolitischen Vorstellungen der Verschwörer des 20. Juli machten verständlicher, weshalb gerade Grossbritannien Vorsicht im Umgang mit ihnen walten liess. Diese Vorstellungen waren, wie auch *Gregor Schöllgen* in einer jüngsten Analyse der aussenpolitischen Konzeption *Ulrich von Hassells* gezeigt hat, ausgesprochen traditionsgebunden. Deutschland müsse sich als kontinentaleuropäische Hegemonialmacht zwischen den «Flügelmächten» Grossbritannien und Russland langfristig etablieren können, so von Hassell, um auf diese (dominierende) Weise ein stabiles Gleichgewicht zu sichern. Für den militärischen Widerstand zwischen 1942 und 1944 bedeutete dies: einen möglichst «ehrenvollen» Sonderfrieden mit Grossbritannien oder mit der Sowjetunion zu erwirken. Grossbritanniens Position war jedoch klar umrissen: «Keine Verhandlungen, es sei denn nach der Niederlage» (*Cripps*).

Dass für den Widerstand, aus politischen wie kulturellen Gründen, die Verbindung zu Grossbritannien entscheidend gewesen war, steht längst ausser Zweifel. Sein Gelingen oder Scheitern hing mit davon ab, wie sich diese Verbindung gestaltete. Von wenigen Teilstudien abgesehen, fehlte bislang jedoch eine gründlich erarbeitete Übersicht zum Thema «Grossbritannien und der deutsche Widerstand». Die Facetten dieses schwierigen Verhält-

1 Klaus-Jürgen Müller/
David N. Dilks (Hrsg.):
*Grossbritannien und
der deutsche Wider-
stand 1933–1944.*
Ferdinand Schöningh
Verlag, Paderborn,
München, Wien, Zürich
1994.

nisses finden sich nun detailreich in einem von *Klaus-Jürgen Müller* und *David N. Dilks* herausgegebenen Sammelband erörtert¹. Der Band umfasst fünf Themenkreise: Widerstand und Aussenpolitik; Widerstand in Grossbritannien (durch die Emigranten); Propaganda, Geheimdienste und deutscher Widerstand; Alliierter Bombenkrieg und deutsche Opposition und Widerstand in Deutschland durch Nichtdeutsche (durch ausländische Zwangsarbeiter, ein bislang unbeachtet gebliebener Aspekt der Widerstands- forschung).

Die Vorzüge dieses Bandes bestehen darin, dass er durchaus kontroverse Ansichten vereinigt, etwa über das Ausmass des «Versagens» der britischen Stellen gegenüber dem Widerstand, wobei auffällt, dass die selbstkritischen britischen Stimmen lauter werden (etwa jene *Richard Lambs*, der seit Jahren gegen Eden und das Foreign Office polemisiert und ihnen flagrante Missachtung des Widerstandes gerade vor 1939 vorwirft).

Kaum Kenntnisse über die wechselseitige Wahrnehmung von Deutschen und Briten

2 Wichtige Aspekte
referiert Angela Schwarz
in ihrer Studie *Die
Reise ins Dritte Reich.
Britische Augenzeugen
im nationalsozialisti-
schen Deutschland*
Göttingen 1993.

Problematisch dagegen ist, dass diese Untersuchungen den Kontext, in dem das Verhältnis einzelner Briten (meist aus der Oberschicht) zu Kritikern und Opponenten Hitlers zu einem Missverhältnis wurde, weitgehend ausblenden. Die rühmliche Ausnahme bildet *Gerhard Hirschfelds* vorzügliche Abhandlung über «Deutsche Emigranten in Grossbritannien und ihr Widerstand gegen den Nationalsozialismus». Es fehlt beispielsweise ein Aufsatz über die wechselseitige Wahrnehmung des Britischen und Deutschen gerade zwischen 1933 und 1939². Kenntnisse über diese «wechselseitige Wahrnehmung» sind unerlässlich, um das Klima beurteilen zu können, in dem Trott und Moltke in England Möglichkeiten einer Zusammenarbeit sondierten. Entsprechend vermisst man in diesem Band eine Arbeit über die Deutschland-Berichterstattung der britischen Presse in jener Zeit. (Eine eigene Untersuchung verdiente auch die England-Darstellung in den deutschen «Kulturzeitschriften» der dreissiger Jahre, zu denen auch die vom Deutschen Akade-

mischen Austauschdienst herausgegebenen Monatsschriften «Hochschule und Ausland» sowie «Geist der Zeit» gehörten, die durch England-Sondernummern auffielen und durch Beiträge profilerter britischer Publizisten wie *Conwell-Evans* und *W. H. Bruford*. Bis zum Dezember 1938 machten sie vor allem dadurch auf sich aufmerksam, dass sie die kulturelle Konvergenz der beiden Staaten betonten.) Ein wirkliches Desiderat der Forschung im Bereich «Grossbritannien und Widerstand» wäre die Wirkungsgeschichte von *Sebastian Haffners* erstem wichtigen Buch «Germany: Jekyll und Hyde», das er 1940 im Londoner Exil veröffentlichte. Darin redete er zwar nicht dem Vansittartismus das Wort, der eine geradezu dogmatische Anti-Deutschland-Politik verfocht, die sich an blassen Klischees orientierte; Haffner betonte aber, dass Deutschland gut und böse in einem sei. Das «gute» Deutschland, so Haffner, habe das böse hervorgebracht und sei nun ausserstande, sich selbst von seinem «bösen alter ego loszusagen. Damit leugnete Haffner bereits 1940 das Vorhandensein eines «anderen», besseren Deutschlands.

Britische Furcht vor einer Gefährdung der appeasement-Politik

Trotz dieser Versäumnisse leistet der vorliegende Band beträchtliche Grundlagenarbeit. Das gilt für den einführenden Aufsatz von *Lothar Kettenacker* («Die britische Historiographie und der deutsche Widerstand») ebenso wie für die Spezialuntersuchung von *Anthony J. Nicholls* über «Die britische Linke und der 20. Juli 1944». Eindrucksvoll steckt David N. Dilks den aussenpolitischen Rahmen ab, in dem sich die britische Deutschland-Politik zwischen 1937–1939 bewegte. Er zeigt, dass das appeasement auch die Antwort auf ein britisches Dilemma war: Im Rahmen des Empire hatte Grossbritannien Weltverantwortung und sah sich im Fernen Osten einem dramatisch aufstrebenden Japan gegenüber. Die Dominien des Empire wünschten sogar noch weitere Konzessionen gegenüber Deutschland und schienen nicht bereit, sich in einen kontinentaleuropäischen Krieg verwickeln zu lassen. Entsprechend Dilks Befund: «(...) alle Mitglieder der britischen Regie-

Appeasement war auch die Antwort auf ein britisches Dilemma.

rung waren verzweifelt darum bemüht, Grossbritannien in keinen Krieg hineinzuführen, in dem mehr als ein Dominion neutral bliebe». Ein britisches Engagement für den deutschen Widerstand hätte zum damaligen Zeitpunkt eine radikale Gefährdung des appeasement-Prozesses bedeutet und wäre deshalb gegenüber den Hochkommissaren der Dominien nicht zu vertreten gewesen.

Das entscheidende Handicap der deutschen «Widerstandsaussenpolitik» (Klemens von Klemperer) war, dass sich ihre Hauptvertreter wie *Goerdeler* und von Hassell nicht vom Grossmachtdenken lösen konnten. Eine soziale Revolution lehnten sie ab. Statt dessen wollten sie eine Veränderung der inneren Machtstruktur des Reiches, weitgehend in den Grenzen von 1914. Diese Konzeption beantwortete Churchill mit Stillschweigen. Solcher Widerstand hatte in seinen (und Edens) Augen keine Glaubwürdigkeit. Der «Aufstand des Gewissens» stiess denn auch am 20. Juli 1944 in Whitehall auf ein geradezu programmatisches Verständnis. Nichts war von der Wahrheit weiter entfernt als *Goebbels*' Behauptung, dass es sich um eine «angelsächsische Verschwörung» gehandelt habe.

Informationen über die Haltung der deutschen Bevölkerung

Der eigentliche Gewinn dieses Bandes besteht aus Arbeiten, die eher entlegene Quellen erschliessen und interpretieren, etwa *Pauline Elkes* Aufsatz über die «geheimdienstliche Aufklärung des deutschen Widerstandes 1943–1944». Er belegt, dass den Briten eine durchaus differenzierte Beurteilung der Lage und Stimmung in der deutschen Bevölkerung vorlag, die dem Bild des monolithischen Nazismus in Deutschland eindeutig widersprach. Die von Churchill 1941 gegründete «Political Warfare Executive» registrierte einen gewissen Unwillen in der Bevölkerung und Zeichen von Verweigerung (besonders bei den Frauen), desgleichen den zunehmenden Pessimismus unter den Deutschen über den Kriegsausgang. Und die Schlussfolgerung dieser geheimdienstlichen Erkenntnisse lautete, dass solcher Pessimismus, ja selbst partielle Arbeitsverweigerung, keineswegs eine Zunahme des

Oppositionspotentials bedeuten müssten. Man befand, dass sich die kritischen Deutschen eher ins Private zurückziehen würden. Offene Rebellion der «Massen» hielt man – zu Recht – für unwahrscheinlich, nicht aber einen militärischen Umsturz, etwa durch *Rundstedt*, den man sich in der Rolle eines deutschen *Badoglio* vorstellen konnte (im Februar 1944). Churchill vermochte solchen Erkenntnissen nur eine Bestätigung seiner Politik des «absoluten Schweigens» gegenüber Friedensofferten des deutschen Widerstandes entnehmen. Priorität hatte dagegen die «Stabilität der Allianz mit Amerika». Diese Priorität war auch der Grund, warum die Intervention des Bischofs von

Chichester, *George Bell*, zugunsten des deutschen Widerstandes von Eden abgeblockt wurde.

Die Suche nach einem deutschen Sonderweg hatte den Widerstand gegen Hitler «ausszenpolitisch» in eine Sackgasse geführt: Das galt gerade im Verhältnis zu Grossbritannien. Letztlich aber sind es nicht die Briten, nicht die Amerikaner oder die Russen gewesen, deren mangelnde Solidarität mit dem deutschen Widerstand die innere Opposition gegen Hitler scheitern liess: Am schwersten litt der Widerstand an der Isolation im eigenen Volk, das den Durchhalteparolen mehr glaubte als der kritischen Vernunft. ♦

RÜDIGER GÖRNER

ERNST VON WEIZSÄCKER IM ZWEITEN WELTKRIEG

War der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (1938 bis 1943) ein gescheiterter Politiker oder ein tragischer Held? Weizsäcker machte es seinen Anklägern und Biographen deshalb so schwer, weil er sich einem einfachen Schwarz-Weiss-Bild von Regime und Opposition entzog.

«Weizsäcker war ein Mensch von grossem moralischem und vernünftigem Gleichgewicht, die dämonischen Seiten der Welt waren ihm unzugänglich, allem Pathetischen war er abhold.»¹ Carl J. Burckhardts Rückblick auf Ernst von Weizsäcker wirkt wie eine späte Rechtfertigung der heiklen Mission von Weizsäckers in den Kriegsjahren. Das Urteil der Historiker indes fällt weniger günstig aus. Häufiger ist vom grossdeutschen Patrioten im Zwielicht die Rede, der, wenn nicht für den grossen Krieg, dann doch zumindest für eine deutsche Grossmachttrolle eingetreten sei. Weizsäcker hatte Hitlers «Drittem Reich» an exponierter Stelle im Auswärtigen Dienst gedient: als Gesandter in Bern (1933–1936), als Politischer Direktor (1936–1938), als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (1938–1943) und schliess-

lich, in den Jahren 1943–1945, als deutscher Botschafter beim Heiligen Stuhl. Sein Schicksal, «mitgemacht zu haben, um Schlimmeres zu verhüten», der persönliche Konflikt Weizsäckers in den Kriegsjahren wurde den Historikern zum «Fall Weizsäcker».

Für den amerikanischen Chefankläger im Wilhelmstrassenprozess, *Robert Kempner*, blieb Weizsäcker der Stellvertreter einer unheilvollen Tradition des Preussenstums, der durch persönliche Integrität und Sachverständnis dem Regime jene willkommene Fassade errichten half, hinter welcher der Aufstieg des Verbrechens erst möglich gemacht wurde, und der nicht unweentlich dazu beitrug, dass das «Dritte Reich» so schnell auf dem internationalen Parkett salonfähig wurde. Dass der Württemberger Weizsäcker am wenigsten

1 Carl J. Burckhardt
an Hermann Lutz,
16. August 1951, Privat-
besitz Hermann Lutz.

preussische Tradition verkörperte, war dabei von minderer Bedeutung. Wer mit dem Teufel soupiere will, der muss über einen langen Löffel verfügen, sagt ein russisches Sprichwort. Kempner warf Weizsäcker vor, in massloser Selbstüberschätzung sich für das Ziel der Einhegung des Nationalsozialismus zeitweilig mit dem Regime eingelassen, die Mitwissenschaft von Judendeportationen in Kauf genommen und sich auf diese Weise, wenn auch contre cœur, zum Instrument einer verbrecherischen Politik gemacht zu haben. Diesem Negativbild stehen die Stimmen seiner einstigen Mitarbeiter im Auswärtigen Dienst gegenüber, die in Weizsäcker das Haupt der heimlichen Konspiration gegen Hitler, den fähigsten politischen Kopf und letzten Rückhalt der alten Beamtenschaft erblickten.

Moralisches Dilemma

1882 in Stuttgart als Sohn des königlich-württembergischen Ministerpräsidenten geboren, war er aufgewachsen und geprägt im wilhelminischen Deutschland der Jahrhundertwende. Als kaiserlicher Marineoffizier im Ersten Weltkrieg hatte er bereits eine erfolgreiche Karriere hinter sich, als er 1919 in den diplomatischen Dienst der Weimarer Republik eintrat, zunächst als Konsul in Basel. Die Monarchie, deren Agonie er aus nächster Nähe miterlebt hatte, schien ihm als Staatsform mit einer überholten Epoche verbunden. Nicht Grossmachtträume deutscher Patrioten, sondern ein nüchterner Blick für das Machbare bestimmten sein Handeln. Dem Staat von Weimar diente er loyal, auch wenn er den aussenpolitischen Grundentscheidungen *Stresemanns* skeptisch gegenüberstand. In den Anfangsjahren der deutschen Diktatur erwehrte sich Weizsäcker als Gesandter in Bern geschickt der unheilvollen Einflussversuche der von *Wilhelm Gustloff* geführten NSDAP-Auslandsorganisation. Seine Verbundenheit mit der Schweiz sollte im Krieg nicht ohne Nutzen bleiben: Über geheime Kanäle liess er wiederholt dem Persönlichen Stab des General Guisan ausrichten, dass ein deutscher Einmarsch nicht zu befürchten sei. Seit 1938 bekleidete er schliesslich den Posten des Staatssekretärs. Durch eine geschickte Stellenbesetzungs-

.....

**Hitler kannte
nur die Alterna-
tive von Welt-
macht oder
Untergang.**

.....

² Carl J. Burckhardt,
Weizsäcker betreffende
Stellen (als Vertei-
digungsdokumentenbuch
für den Nürnberger
Prozess 1948 angefer-
tigte Aufzeichnung),
Nachlass Burckhardt,
Universitätsbibliothek
Basel, Dossier B I b, 10.

politik gelang es ihm, jüngere Beamte seines Vertrauens in den strategisch wichtigen Missionen im neutralen Ausland zu plazieren. Für den Eventualfall, den Staatsstreich gegen Hitler, stand eine «*sachkun-
dige Bergungsmannschaft*» (so N. Schmidt) bereit. Im August 1941, beim Gang durch den Berliner Tiergarten, hatte Weizsäcker gegenüber seinem Verbindungsmann zur freien Welt, eben jenem Schweizer Diplomaten und Historiker Burckhardt, aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Nach dem Krieg erinnerte sich der Schweizer im Rückblick an die denkwürdigen Worte seines kongenialen Freundes, der sich nun in Nürnberg vor dem Tribunal der Sieger zu verantworten hatte: «*Die Amerikaner müssen unbedingt erfahren, wie es bei uns im Inneren steht, was für grosse Kräfte des inneren Widerstands es in Deutschland gibt gegen diese Gangster-
bande, welche die Macht in Händen hat und uns und die Welt einem Unheil entge-
gentreibt, das sich in seinem Ausmass nur schwer vorstellen lässt. (...) Können Sie nicht mit den Amerikanern reden in der Schweiz, besser als wir von hier aus? Wenn ein Lichtblick, eine Hoffnung auf Vermitt-
lung vorhanden wäre, würde man hier mit der Verbrecherclique fertig, aber man muss uns helfen, wie man es schon vor Kriegs-
ausbruch hätte tun sollen.²*»

Burckhardt winkte ab. Seine Unterredungen mit britischen Politikern hatten ihn skeptisch gestimmt. An Vermittlung war nicht mehr zu denken. Weizsäcker wusste um seine Schlüsselstellung «*an der Lötstelle zwischen Dilettantismus und Sach-
verständ*». Trotzdem musste er mit ansehen, wie alle Umsturzplanungen der deutschen Opposition vergebens waren. Der so oft angekündigte Putsch fand nicht statt. Anfangs hatte Whitehall grosse Hoffnungen auf den Staatssekretär gesetzt. Wenn London in den Jahren 1939/40 einem Deutschen die Rolle eines *Talleyrand* zugeschrieben hätte, dann Ernst von Weizsäcker. Nachdem jedoch wiederholte Verspre-
chungen, Hitler zu stürzen, von den Generälen um *Halder* nicht eingehalten worden waren, griff im britischen Foreign Office Misstrauen Platz, und der ohnehin nie besonders grosse Kredit, den die Westmächte den deutschen Oppositionellen eingeräumt hatten, war endgültig vertan.

Ablehnung von Hitlers Politik

Im Auswärtigen Amt musste sich der Staatssekretär bedeckt halten. Immer seltener wurde er nach Kriegsausbruch bei Hitler vorgelassen, in den aussenpolitischen Kernfragen hatte er kein Mitspracherecht mehr. Sein Gegensatz zu Ribbentrop war notorisch geworden. Der Aussenminister erging sich in weitschweifigen Phantasien über ein grossangelegtes Revirement, bei dem er die Mehrzahl der ihm unbotmässigen Beamten in den Ruhestand schicken wollte. Allein Hitlers Einspruch vereitelte das ehrgeizige Vorhaben: es wurde auf die Zeit nach dem Endsieg verschoben. Der Sturz Hitlers blieb Weizsäckers oberstes politisches Ziel. Doch dies wurde immer schwieriger. Die stupenden militärischen Erfolge Hitlers, die breite Zustimmung, der sich der Diktator im Zenit seiner Macht nach dem Fall Frankreichs sicher sein konnte, die entmutigenden Signale aus dem Ausland liessen einen Coup gegen den Diktator in immer weitere Ferne rücken. Häufiger befiehlten ihn nun Anflüge von Resignation. Die scheinbare Aussichtslosigkeit seines Tuns belastete ihn schwer. Weizsäcker rechnete mit der Möglichkeit des Scheiterns. Er wusste, dass er dann zur Verantwortung gezogen würde für eine Politik der Nationalsozialisten, die nicht die seine war. Nicht voraussehen konnte er freilich, dass er sich nach dem Krieg im Nürnberger Prozess vor einem Tribunal der Anti-Hitler-Koalition rechtfertigen musste. Der Widerspruch zwischen seinem subjektiven Wollen und den objektiven Gegebenheiten deutscher Aussenpolitik wurde ihm zum tragischen Konflikt. Weizsäcker ertrug ihn ohne Attitüde. Nur hin und wieder sprach er aus, was ihn belastete: Dass er den Krieg für ein Verbrechen halte, der mit einer noch nie dagewesenen Katastrophe für Deutschland enden werde.

Weizsäckers Ablehnung von Hitlers Politik beschränkte sich nicht auf eine abweichende Beurteilung der Möglichkeiten nationalsozialistischer Diplomatie, vielmehr ging sie vom Weltanschaulichen aus. Gegenüber Theo Kordt, dem deutschen Botschaftsrat in Bern und einem seiner ältesten Vertrauten, offenbarte Weizsäcker im Juni 1943, wie sehr er unter der Entwicklung litt, die nicht aufzuhalten war.

3 Theodor Kordt, unveröffentlichtes Manuskript, Juli 1949, Privatbesitz Kordt.

4 Tagebuchaufzeichnungen
Ernst von Weizsäcker,
5. August 1942,
Weizsäcker-Papiere
1933-1950, hg.
von L. Hill, Berlin,
Frankfurt/M., Wien
1974, S. 297.

«Ein Sieg Hitlers in diesem Krieg würde den sittlichen Bau der Welt zerstören und ein moralisches Chaos von unabsehbarem Ausmass hervorrufen.» «Wir sprachen», so schrieb Theo Kordt kurz nach dem Krieg, «dass ein Verhängnis vorwalte, das alle Bemühungen der Freunde des Friedens auf beiden Seiten vergeblich gemacht habe.³»

«Da die Waffen sprechen, schweigt die Politik»⁴, notierte der Staatssekretär im Mai 1943, als er Deutschland auf den Abgrund zusteuern sah. Gerade die militärische Pattsituation des Jahres 1943 hätte seiner Ansicht nach Anlass zur diplomatischen Initiative sein müssen. Doch die Begriffe Kompromiss und Ausgleich waren in Hitlers Denken nicht vorgesehen. Er kannte nur die Alternative von Weltmacht oder Untergang.

Diplomatische Mission im Vatikan

Weizsäckers Plädoyer blieb ungehört. Hitler igelte sich in seiner «Festung Europa» ein, und Aussenminister Ribbentrop gab als Antwort auf die zaghafte Versuche seiner Diplomaten, das Gespräch mit dem Gegner zu suchen, immer die gleiche stereotype Antwort: Deutschland habe dies gar nicht nötig, es werde gekämpft bis zum Endsieg.

Im Mai 1943 zog Weizsäcker die Konsequenz. Als der Botschafterposten beim Vatikan frei wurde, setzte er bei Ribbentrop seine Versetzung nach Rom durch. Schon seit geraumer Zeit hatte er die erste Hypothek auf die Nachfolge des kränkenden und aus Altersgründen scheidenden Carl Diego von Bergen gelegt. Die Entscheidung für die Vertretung beim Heiligen Stuhl war nicht zufällig. Ohne weiteres hätte Weizsäcker 1943 auch seine Versetzung an die vakanten Botschafterstellen in Madrid oder beim Quirinal in Rom durchsetzen können. In richtiger Einschätzung der Möglichkeiten fiel die Wahl des Staatssekretärs jedoch auf die Mission beim Heiligen Stuhl. Über seine Motive schrieb Weizsäcker im Rückblick in seinen Memoiren: «Ich glaubte, wenn überhaupt, so noch in oder durch den Vatikan etwas für den Frieden tun zu können.⁵»

Weizsäcker kämpfte auf verlorenem Posten. Er glich einem Feldherrn, der – wie sein Vertrauter und Mitarbeiter an der Botschaft, Albrecht von Kessel, schrieb –

5 Ernst von Weizsäcker,
Memoiren, München,
Leipzig, Freiburg 1950,
S. 346.

«eine Schlacht annehmen musste, die, wenn kein Wunder geschah, nur mit einer Niederlage enden konnte»⁶. Für den Vertreter des Deutschen Reiches ging es nun nicht mehr so sehr um Grosse Politik als vielmehr ums Ausbügeln und Glätten. Seine Aufgabe, die er sich gestellt hatte, lautete, den Vatikan vor den Übergriffen nationalsozialistischer Heisssporne zu bewahren und Rom den Status einer offenen Stadt zu erhalten. Deutschland hatte aussenpolitisch jeden Spielraum verloren. Ohne einen Sturz des Regimes war die totale Niederlage nicht mehr abzuwenden. Seitdem die Alliierten im Januar 1943 in Casablanca die bedingungslose Kapitulation als den einzigen Weg der Kriegsbeendigung beschlossen hatten, waren alle realistischen Aussichten auf einen Ausgleich endgültig vertan. Weizsäcker hatte immer politisch argumentiert: Über den Frieden verhandeln könne nur, wer militärisch bei Kräften ist: «Über Frieden verhandeln kann nur, wer militärisch unerschüttert da steht. Ein geschlagenes Deutschland wäre ein Raub der Wölfe.» Von seinen vagen Hoffnungen, Hitler könne das Steuer herumreissen und sich mit Stalin verbünden, nahm er nun endgültig Abschied. Ohnehin hätte er ein Zusammensehen des nationalsozialistischen Deutschland mit Stalins Sowjetunion nur als politischen Atout zu instrumentalisieren versucht, um die Westmächte unter Druck zu setzen. Über einen Sendboten liess er einem britischen Geheimdienstoffizier in der neutralen Schweiz die Gefahr eines deutschen reversensements des alliances an die Wand malen: «Wenn Stalin sich zum Demokraten mauen kann, warum dann nicht auch Hitler?»⁷

Kein Mann des Attentats

Wiederholt hatte Weizsäcker gepredigt, dass der Umsturz so rechtzeitig erfolgen müsse, dass er nicht zu einer Form der Kapitulation werde. In diesem Sinne verstand er seine Aufgabe am Vatikan, wo er mit allen Mitteln seinen engen Spielraum auszunutzen versuchte. Im Stillen hegte er Hoffnungen auf eine Rückkehr in die Politik, um sich im gegebenen Fall für einen Friedensschluss einzusetzen. Kurz nach seiner Ankunft in Rom erkundigte sich der ehemalige Staatssekretär *«a titolo privato»* bei dem vatikanischen Unter-

6 Albrecht von Kessel,
Den Tod im Herzen,
unveröffentlichtes
Manuskript, 1973,
Privatbesitz von Kessel.

7 Ernst von Weizsäcker,
Memoiren, a.a.O.,
S. 322.6.

8 Aufzeichnung
Elizabeth Wiskemann
über ein Gespräch
mit Theodor Kordt,
25. Juni 1942, Public
Record Office London
FO 371/30912/C 6464.

9 Aufzeichnung Kardinal
Maglione, 26. April
1944, in: *Actes et Docu-*
ments du Saint-Siège
Relatifs à la Seconde
Guerre Mondiale.
Bd. 11, Città del Vaticano
1981, Dok. 168.

10 Ernst von Weizsäcker
an Georg Bruns,
29. Dezember 1943,
Privatbesitz Bruns.

staatssekretär Tardini, ob die Westmächte mit der *«gegenwärtigen deutschen Regierung verhandeln würden»*. Die abschlägige Antwort des Heiligen Stuhls dürfte ihn kaum verwundert haben. Resigniert und zugleich realistisch hielt er in seinem Aufzeichnungen fest: *«Die gegenwärtige deutsche Regierung will nicht mit Russland verhandeln und kann nicht verhandeln mit den Engländern, weil diese nicht wollen.»*⁸ In verschlüsselter Korrespondenz informierte er seinen einstigen Mitarbeiter in Ribbentrops Ministerbüro, Georg Bruns, an der Jahreswende 1943/44, wie begrenzt die Aussichten waren, dass sich die Vernunft durchsetzen würde: *«Carl Friedrich [Papst Pius XII.] geht es gut. Er könnte wohl noch etwas aktiver werden; das habe ich ihm gesagt. Aber natürlich steht Carl [Hitler] im Weg oder wenigstens dem Erfolg seiner Bemühungen.»*⁹

Der Putschversuch des Obersten Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 kam zu spät. Auch wenn er geglückt wäre, hätten die deutschen Oppositionellen kaum etwas anderes als eine bedingungslose Übergabe erwirken können. An Verhandlungen von gleich zu gleich war im Sommer 1944 nicht mehr zu denken. Die Alliierten befanden sich in einer Position der Stärke. Nicht einmal zur militärisch unbedeutenden Zusage, den Sitz einer nach dem Sturz Hitlers zu bildenden zivilen Regierung in Berlin von Luftangriffen zu verschonen, vermochten sie sich durchzuringen. Bei ihrem Kampf gegen Hitlers Deutschland hatten die Westmächte gar keinen deutschen Verbündeten nötig. Selbst das Attentat vom 20. Juli kam ihnen ungelegen. In bewusster Verkennung missdeuteten sie Ziele und Motive der Männer um Stauffenberg. Sie wussten, dass sie ihr Ziel auch alleine erreichen konnten. Weizsäcker war in die Vorbereitungen zum Putschversuch nicht eingeweiht, schon weil er seit dem 6. Juni 1944 nach dem Einmarsch der Alliierten in Rom im sicheren vatikanischen Refugium von der Grossen Politik und den Verhältnissen in Deutschland abgeschnitten war. Wäre er indessen im Herbst 1944 nach Deutschland zurückgekehrt, so hätte ihm die Verhaftung gedroht. Ribbentrop hatte nach dem Attentatsversuch wiederholt im Amt verkündet: *«Er wisse mit Sicherheit, dass Weizsäcker zum Kreis der*

Verschwörer des 20. Juli 1944 gehöre.¹¹ Einzig die Furcht, dass Weizsäcker zu den Alliierten überlaufen könnte und die Anglo-Amerikaner genüsslich die Zwiestracht in den Reihen der deutschen Diplomatie ausschlachten würden, hielt Ribbentrop davon ab, Weizsäcker nach Berlin zurückzuberufen. Eine diplomatische Blösse wollte man sich im Herbst 1944 unter keinen Umständen geben.

Aussichtslose Bemühungen um einen Separatfrieden

Doch selbst in Hitlers Umgebung wurden in Anbetracht der katastrophalen militärischen Situation Zweifel am Endsieg laut. Himmler bereitete seinen Absprung vor und liess über den Auslandsnachrichtenchef, SS-General Schellenberg, das Terrain im westlichen Ausland für einen separaten Friedensschluss sondieren. In einer 16seitigen Denkschrift hatte Ribbentrop im Februar 1945 tatsächlich den vorsichtigen Anstoss zu Friedensverhandlungen im Westen geben wollen. Das Dokument suggerierte eine Optionsfreiheit deutscher Diplomatie, die zu jenem Zeitpunkt längst nicht mehr bestand. Wenn sich der Westen einem Arrangement versage, so die verdeckte Drohung des Elaborats, werde sich Deutschland nach Osten wenden und Hitler ein weiteres Mal das Bündnis mit Stalin wählen. Die Armeen der Westmächte sollten nicht weiter vorrücken, damit Hitler freie Hand gegen die Russen habe. Weizsäcker hielt den realitätsfernen Vorstoss für verfehlt. Auf Leute, die gerade dabei wären, einen Krieg zu gewinnen, musste die Initiative, die keine war, reichlich naiv wirken: «*Der Auftrag war völlig unreal, da Engländer und Amerikaner für ein Komplott mit Hitler gegen Stalin natürlich nicht zu haben waren. Willkommen war mir der Auftrag nur insoweit, als sich eine doppelte Belehrung unseres Hauptquartiers daran anknüpfen liess, nämlich, dass die Alliierten ohne einen Personalwechsel bei uns überhaupt nicht zu sprechen wären und ferner, dass wir unsere Ostgrenze verteidigen, den Westen dagegen öffnen müssen.*¹²» Auch in dieser ausweglosen Position versuchte Weizsäcker, in seinem Sinne von der Sprachregelung zu profitieren. Gegenüber Unterstaatssekretär Tardini referierte er den Inhalt der Ribbentropschen

11 Eidesstattliche Erklärung Hans Schroeder, 20. April 1948, Staatsarchiv Nürnberg, Wilhelmstrassenprozess, Abteilung X-9, Verteidigungsdokumentenbuch Ernst von Weizsäcker, Dok. 146.

Note, wobei er deutlich machte, «*was die Reichsregierung sagt und was ich selbst glaube*¹³». Könne sich Tardini vorstellen, so fragte er den Vatikandiplomaten eigenmächtig, ob die Vereinigten Staaten und England etwas bezahlen würden, wenn jemand Hitler beseitigte und Frieden anbiete: «*Vielleicht lockert die Antwort der Kurie oder eine solche der Westmächte schliesslich doch die festgezogenen Verhältnisse?*¹⁴»

Pius XII. indes hielt sich bedeckt, als er am 1. März 1945 Weizsäcker in Privataudienz empfing. Was würde passieren, wenn die Russen von einem diplomatischen Schritt des Heiligen Stuhls erfahren und die ganze Angelegenheit publik machen würden? Wiederholt hatte der Vatikan das deutsche Heer als ein mögliches Bollwerk gegen den Bolschewismus bezeichnet. Doch im Frühjahr 1945 war das militärische Schicksal Deutschlands besiegt, die Zukunft Europas zu ungewiss, als dass der Vatikan zu den vorhandenen Spannungen mit Sowjetrussland auch noch einen diplomatischen Affront riskieren wollte. Weizsäcker indes nutzte die Gelegenheit zur Abrechnung mit Ribbentrop und telegraфиerte nach Berlin, wenn der «Führer» zum Zweck eines Friedensführers mit den Westalliierten in Kontakt kommen wolle, müsse erst einmal Ribbentrop das Feld räumen. Wie zu erwarten war, verfehlte der Ratschlag nicht seine Wirkung. Wutentbrannt wies der Reichsaussenminister alle Rücktrittsabsichten von sich. Die Sprachregelung, «*der Friedensführer bei den Westalliierten*», war kaum mehr als ein diplomatisches Zucken des nationalsozialistischen Regimes, das bereits in seinen letzten Zügen lag.

Vom Subjekt der Politik zum Objekt der Caritas

12 Aufzeichnung Ernst von Weizsäcker, Juni 1945, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Akten der Botschaft beim Heiligen Stuhl, Bd. 1028a.

13 Ebd.

14 Ebd.

Von Juni 1944 bis Mai 1945 lebte Weizsäcker in einer Art Klausur im Vatikan, dessen Mauern er nur mit Billigung der Alliierten verlassen durfte. Mit der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 war auch die Zeit dieses Refugiums zu Ende. Die Botschaftsfunktionen wurden suspendiert. Die zwölf Jahre des Nationalsozialismus, der unsagbares Leid und Krieg in die Welt gebracht hatte, waren zu Ende – anders jedoch, als sich dies Ernst

von Weizsäcker vorgestellt hatte. Bis zum letzten Augenblick hatte er vor dem Krieg nichts unversucht gelassen, um das drohende Unheil abzuwenden. Bis zum bitteren Ende der bedingungslosen Kapitulation hatte Weizsäcker schliesslich für eine andere Aussenpolitik als die Hitlers gewirkt. Nun, so stellte er im Juni 1945 ernüchtert fest, hatte sich Deutschland als selbständiger Akteur von der Bühne der Weltpolitik verabschiedet: «*Wir sind nicht mehr Subjekt der Politik, sondern Objekt der Caritas.*¹⁵»

Weizsäcker entwarf in jener Zeit das Bild einer künftigen Weltordnung und entwickelte Grundsätze für eine neue, demokratische Reichsverfassung. Noch einmal plädierte er für eine eigenständige deutsche Politik zwischen Ost und West. Erstes Ziel müsste es sein, die Sowjets, den drohenden und unberechenbaren Nachbarn im Osten, loszuwerden, anschliessend müssten auch die Amerikaner nach Hause gehen. Ihre Präsenz in Europa gründe allein auf dem Gegensatz zur Sowjetunion. Im Inneren schwebte Weizsäcker ein Verfassungsaufbau vor, der eine gesunde Balance zwischen Unitarismus und Föderalismus hielt, mit einem starken Bundespräsidenten, ausgestattet mit ähnlichen Rechten wie der Reichspräsident nach der Weimarer Reichsverfassung, und einer dem parlamentarischen Misstrauensvotum nicht unterworfenen Bundesregierung mit einem Bundeskanzler an der Spitze.

Auf der Anklagebank

Über den Prozess gegen eine Anzahl führender nationalsozialistischer Persönlichkeiten, der im Herbst 1945 in Nürnberg begonnen hatte, machte sich Weizsäcker schriftlich Gedanken. Was er zu jenem Zeitpunkt noch nicht wissen konnte: auch er selbst, dem die Alliierten freies Geleit zugesichert hatten, um in Nürnberg als Entlastungszeuge für Grossadmiral Dönitz auszusagen, sollte sich schon bald auf der Anklagebank wiederfinden.

Weizsäcker hatte die Zeit im Gefängnis mit beinahe stoischer Gelassenheit ertragen

**Weizsäckers
Biographie steht
exemplarisch
für einen politi-
schen Lebensweg
im totalitären
Staat.**

gen. Am liebsten hätte er in dieser Lage ganz geschwiegen. Nichts lag ihm ferner, als mit der Pose des entschiedenen Hitlergegners in den Gerichtsstand zu treten und unablässig über seine letzten Endes vergeblichen Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens zu reden. Von den sieben Haftjahren verbüsste er nur zwei. Auf Intervention des amerikanischen Hochkommissars John J. McCloy wurde er 1950 vorzeitig freigelassen. Sein Lebensabend, den er im Kreis seiner Familie in Lindau am Bodensee verbrachte, war kurz: 69jährig verstarb er am 4. August 1951.

Gemessen an seinen eigenen Zielen, war Weizsäckers Bilanz in Berlin überwiegend negativ. Und doch: als Mentor der Opposition war er in seiner Position als Staatssekretär für den Widerstand von unschätzbarem Wert. Weizsäcker selbst empfand die Einsicht, alle wesentlichen politischen Ziele nicht erreicht zu haben, als Fehlschlag seiner selbstgewählten Mission. Die Frage nach der Schuld, nicht im strafrechtlichen, sondern im theologischen Sinn der objektiven Schuld, stellte sich für ihn nach dem Zusammenbruch in neuer Form, und sie sollte ihn seitdem nicht mehr loslassen. Weizsäcker hatte freiwillig Schuld auf sich genommen, um seine fast aussichtslose Mission auszuführen. Über die Erfolgsaussichten machte er sich keine Illusionen. Das Scheitern ertrug er ohne Larmoyanz. Auch über den Preis, den er für sein verborgenes Wirken entrichten musste, war er sich im klaren: den meisten seiner Zeitgenossen blieb es unbekannt, den später geborenen Historikern unbegreiflich.

Weizsäckers Biographie steht exemplarisch für einen politischen Lebensweg im totalitären Staat. Er suchte bewusst nicht den Rückzug in die Nische. Widerstand, will er politisch etwas bewirken, muss mit partieller Affirmation verbunden sein, um überhaupt eine Basis für oppositionelles Handeln zu schaffen. Anpassung und Widerstand schliessen sich nicht aus, sie ergänzen sich. Weizsäcker hatte sich mit der Diktatur eingelassen, ohne der Dämonie der Macht zu erliegen und seinen moralischen Standpunkte aufzugeben. ♦